



WAS JETZT ZU TUN IST

IN DER AUSSERSCHULISCHEN POLITISCHEN BILDUNG!

POLICY PAPER

ABSTRACT

Das vorliegende Policy Paper bündelt zentrale Befunde aus vier JoDDiD-Studien zur außerschulischen politischen Bildung in Sachsen und übersetzt sie in politische Handlungsbedarfe. Es zeigt, dass demokratische Bildungsarbeit gesellschaftlich unverzichtbar ist, ihre Wirkung jedoch durch prekäre Förderstrukturen, unzureichende Professionalisierung, unangemessene Wirkungslogiken und zunehmende antidemokratische Angriffe begrenzt wird. Das Papier formuliert daraus konkrete Empfehlungen für Staatsregierung, Landtag und weitere politische Akteur:innen, um außerschulische politische Bildung in Sachsen nachhaltig zu stärken, besser abzusichern und zukunftsfähig aufzustellen.

HANDLUNGSFELDER

- QUALIFIKATIONS- UND PROFESSIONALISIERUNGSANGEBOTE AUSBAUEN
- FINANZIERUNG UND FÖRDERUNG DEMOKRATISCHER BILDUNG VERBESSERN
- WIRKUNG UND NACHHALTIGKEIT DEMOKRATISCHER BILDUNG SICHERN
- ANTIDEMOKRATISCHEN ENTWICKLUNGEN ENTGEGENWIRKEN UND POLITISCHE BILDUNGSARBEIT SCHÜTZEN

Stefan Breuer und David Jugel, 2026

Die vier vorgelegten JoDDiD-Studien zeigen übereinstimmend: Demokratiefördernde Bildungsarbeit in Sachsen ist wirksam und gesellschaftlich unverzichtbar, arbeitet jedoch vielfach unter strukturell unzureichenden Bedingungen. Das vorliegende Policy Paper bündelt die zentralen Handlungsbedarfe für Staatsregierung, Landtag und Stakeholder:innen in den Bereichen Qualifikation, Förderung, Wirkung, Nachhaltigkeit und Schutz demokratischer Bildungsarbeit.

I. Qualifikations- und Professionalisierungsangebote ausbauen

BEDARF

Es braucht systematische und institutionalisierte Qualifizierungswege für die außerschulische politische Bildung. Dazu ist eine Förderung praxisrelevanter Angebote der Aus- und Weiterbildung zur (politik-)didaktischen Qualifizierung sowie die Schaffung eines entsprechenden Curriculums für die außerschulische politische Bildungsarbeit nötig.

Die spezifische Professionalisierung für den außerschulischen politischen Bildungssektor erfolgt vielfach informell als „Learning on the Job“. Bislang zeichnen sich die Qualifizierungswege im Feld durch eine hohe Fragmentierung aus. Dies führt zu einer hohen Heterogenität von Professionalitäten im Feld. Ohne systematische Qualifikation bleibt die Qualität der Arbeit oft stark von individueller Initiative abhängig (Lewerenz et al. 2022, S. 4; Jugel/Lewerenz 2022, S. 15; Jugel/Breuer 2025, S. 253-266, 314, 320, 322).

BEDARF

Es braucht eine angemessene Berücksichtigung der Professionalisierungsbedarfe im administrativen Bereich der außerschulischen Bildungsarbeit. Den dafür notwendigen Mehrbedarf an Qualifizierung müssen Förder Richtlinien stärker abbilden und die entsprechenden finanziellen Mittel und zeitlichen Ressourcen bereitstellen, um Akteur:innen zu entlasten und bedarfsgerecht professionell zu fördern.

Antragswesen, Öffentlichkeitsarbeit, Personalführung und andere Managementanforderungen erfordern spezifisches (Organisations-)Wissen und erhebliche Ressourcen. Es fehlen ausreichende Räume, Ressourcen und eine systematische Verankerung dieser Anforderungen in den beruflichen Profilen der außerschulischen politischen Bildungsarbeit. Ohne eine konsequente Berücksichtigung dieser Erfordernisse, sowohl in der Aus- und Weiterbildung als auch in der politischen und institutionellen Rahmensetzung, droht der Bereich langfristig an Qualität und Wirksamkeit einzubüßen (Jugel/Breuer 2025, S. 236-237, 320).

BEDARF

Es braucht zeitliche und monetäre Ressourcen für pädagogisch-didaktische Weiterbildung und Qualifikation, die konsequent in der Projektförderung mitgedacht und verankert werden müssen. Zeitliche und finanzielle Aspekte der Weiterbildung müssen von Beginn an in allen Förderrichtlinien berücksichtigt werden.

Bisher werden kollegiale Vernetzung und Austausch, Peer-to-Peer-Formate, Hospitationen und Raum für konzeptionelle Arbeit oder Reflexion im Rahmen der Förderungsprogramme zu häufig nicht als notwendige Qualifikationsräume anerkannt oder finanziert (Lewerenz et al. 2022, S. 4; Jugel/Breuer 2025, S. 318; Jugel/Breuer 2025, S. 320).

BEDARF

Es braucht mehr Transferangebote zwischen Forschung und Praxis sowie innovative Wissenschaftskommunikation, die Erkenntnisse in nutzbare Formate übersetzt.

Praxiswissen und wissenschaftliche Erkenntnisse sollten systematischer aufeinander bezogen werden. Dafür sollten entsprechende qualifizierende Angebote unterstützt und ausgebaut werden. Zudem fehlt es an akademischen Ausbildungswegen und Curricula, etwa in Form von spezifischen Studiengängen (Lewerenz et al. 2022, S. 4; Jugel/Lewerenz 2022, S. 15; Jugel/Breuer 2025, S. 312, 320, 323).



Mehr dazu in der JoDDiD-Studie Nr. 4 „Demokratische Bildung als Profession zwischen Haltung und Handlung“ von David Jugel und Stefan Breuer <https://tud.link/3f7w42>

II. Finanzierung und Förderung demokratischer Bildung verbessern

BEDARF

Es braucht längere, mehrjährige und verlässliche Förderzeiträume, überjährige Bewilligungen sowie einen höheren Anteil institutionalisierter und dauerhafter Finanzierung demokratischer Bildungsangebote.

Kurze Projektlaufzeiten erzeugen Abbrüche, erschweren fachliche und personelle Kontinuität vor Ort und verhindern notwendige Verstetigungen bewährter Ansätze. Zugleich führt der Innovationsdruck dazu, dass funktionierende Projekte immer wieder neu etikettiert werden müssen, statt verlässlich weiterentwickelt werden zu können. Prüf- und Bewilligungsprozesse müssen dringend beschleunigt und Verbindung finanzieller Mittel stärker genutzt werden (Jugel/Lewerenz 2022, S. 12, 16; Jugel/Hertel 2024, S. 40; Lewerenz/Hertel 2024, S. 16, 18, 41, 52-53; Jugel/Breuer 2025, S. 320).

BEDARF

Es braucht bessere Arbeitsbedingungen zur Fachkräftesicherung, insbesondere längere Projekt- und Vertragslaufzeiten, mehr Entfristungen und geringere Konkurrenz Nachteile durch bessere Bezahlung sowie Übergangsfinanzierungen zwischen Projekten.

Prekäre Beschäftigung, hohe Arbeitsbelastung und geringe Planungssicherheit erschweren, qualifiziertes Personal zu gewinnen und zu halten. Aus der Praxis politischer Bildungsarbeit wird von Fluktuation, Frustration und dem Verlust professioneller Erfahrung berichtet. Dies hat unmittelbare Folgen für Qualität, Kontinuität und Reichweite (Jugel/Lewerenz 2022, S. 12, 15-16; Lewerenz et al. 2022, S. 6; Lewerenz/Hertel 2024, S. 41; Jugel/Breuer 2025, S. 321-322).

BEDARF

Es braucht eine sächsische Förderstrategie für den Querschnittsbereich der politisch-demokratischen Bildung, die ressortübergreifend komplementär ausgerichtet ist. Insbesondere für ländliche Räume braucht es eine angepasste Förderlogik sowie Verstetigung.

Eine fragmentierte Förderpolitik erschwert die Entwicklung zielgerichteter und bedarfsgerechter Bildungsangebote. Gerade im ländlichen Raum sind Beziehungen, Gatekeeper-Zugänge, Vernetzung und Beziehungsarbeit zentrale Voraussetzungen für Wirksamkeit. Projekte benötigen Zeit, flexible Ressourcen und einen langen Atem. Dies wird jedoch von städtisch geprägten Anforderungen, rigiden Projektlogiken und bürokratischen Hürden bislang nur unzureichend abgebildet. Programme sollten echte Offenheit und Flexibilität für Ansprache, Themen, Formate sowie für Vernetzung, Kooperation und Beziehungsaufbau ermöglichen. Förderstrategien und Wirklogiken sollten daher begleitet und flankiert werden von sächsischen Forschungsinstituten (Jugel/Hertel 2024, S. 29-30, 40; Lewerenz/Hertel 2024, S. 53).

BEDARF

Es braucht bürokratiearme, einheitliche und stärker digitalisierte Verfahren für Antragstellung, Abrechnung und Berichterstattung. Unabhängige Antragsberatung und eine transparente Bereitstellung von Informationen sollten flächendeckend gesichert und ausgebaut werden.

Die hohe Komplexität des Organisations- und Verwaltungsaufwands in der außerschulischen Bildungsarbeit wird bislang oft unterschätzt. Die Förderlandschaft ist kleinteilig, unübersichtlich und hoch bürokratisch. Antragstellung, Buchhaltung und Abrechnung binden erhebliche Personalressourcen zulasten der eigentlichen Bildungsarbeit. Auch zwischen unterschiedlichen ministeriellen Ressorts und Ebenen führen mangelnde Abstimmung und unterschiedliche Interessen zu Reibungsverlusten. Hier braucht es eine kritische Evaluation für eine entsprechende Prozessoptimierung (Lewerenz et al. 2022, S. 6; Lewerenz/Hertel 2024, S. 14, 45, 48, 52; Jugel/Lewerenz 2022, S. 16; Jugel/Breuer 2025, S. 320).



Mehr dazu in der JoDDiD-Studie Nr. 3 „Demokratische Bildung im „Förderdickicht““ von Rico Lewerenz und Celina Hertel: <https://tud.link/1ajtyz>

III. Wirkung und Nachhaltigkeit von demokratischer Bildung sichern

BEDARF

Es braucht eine gesetzliche Verankerung der außerschulischen demokratischen Bildung mit allen Zielgruppen, z. B. in Form eines Demokratiefördergesetzes.

Politisch-demokratische Bildung wird als Daueraufgabe beschrieben, ist förderlogisch aber weiterhin stark projektorientiert organisiert. Dies erzeugt Unsicherheit, erschwert nachhaltige Infrastrukturentwicklung und verstärkt den Legitimations- und Innovationsdruck auf Träger:innen und Projekte (Lewerenz/Hertel 2024, S. 1-2, 41-52; Jugel/Breuer 2025, S. 311-322).

BEDARF

Es sollten realistische und evidenzbasierte Wirklogiken entwickelt sowie zeitliche und monetäre Ressourcen für Evaluation flächendeckend bereitgestellt werden.

Im Feld fehlen häufig Ressourcen und teils auch Kompetenzen für systematische Wirkungsmessungen. Bestehende Wirkungsmodelle der Förderrichtlinien scheinen für die Praxis untauglich. Zugleich lassen sich gewünschte Wirkungen in kurzen Projektzeiträumen oftmals nicht unmittelbar zeigen. Unter dieser Bedingung wird Evaluation leicht zur Belastung statt zur Lernschleife, während zugleich passende Erfolgsmaßstäbe und plausible Wirkungskriterien fehlen. Evaluation sollte durch kontinuierliche Begleitung in der Projektentwicklung ergänzt und auf angemessene Evaluationsdesigns und Wirkungskriterien gestützt werden (Lewerenz et al. 2022, S. 4; Jugel/Lewerenz 2022, S. 7, 15; Lewerenz/Hertel 2024, S. 18, 36, 49, 52; Jugel/Breuer 2025, S. 70-71, 319-320, 322).

BEDARF

Es braucht eine Förder- und Evaluationskultur, die erfolgreiche Projekte sichtbar macht, bewährte und positiv evaluierte Ansätze weiter fördert und Evaluation nicht an Innovations- oder Sanktionslogiken koppelt.

Derzeit stehen positive Evaluationen oft unter dem Vorbehalt, dass sie wegen des Innovationsdrucks trotzdem keine Anschlussförderung sichern, während kritische Evaluationen z. T. Angst vor Förderausschluss erzeugen. Hinzu kommen zu wenig Sichtbarkeit erfolgreicher Praxis, zu wenig direkte Rückkopplung zwischen Mittelgeber:innen und Projekten sowie die Tendenz, politische Bildung als „Feuerwehr“ für Krisen zu überfrachten, statt Prozessziele und entsprechende

Reichweiten realistisch anzuerkennen. Offene Projektverläufe, eine konstruktive Fehlerkultur, Angebots- und Projektlandkarten bzw. Matchingportale sowie mehr Austausch zwischen Fördermittelgeber:innen und Praxis sollten gezielt aufgebaut werden (Lewerenz et al. 2022, S. 5, 6; Jugel/Lewerenz 2022, S. 15-16; Lewerenz/Hertel 2024, S. 18, 36, 45, 49, 52; Jugel/Breuer 2025, S. 71, 322).

BEDARF

Es braucht auf allen Seiten eine reflexive Offenheit gegenüber demokratischen Positionen jenseits vorschneller Lagerlogiken und eine Förderung von Aushandlungs- und Lernräumen statt symbolischer Grenzziehungen.

Die Studienergebnisse der JoDDiD weisen darauf, dass Misstrauen, gefühlte Bevormundung und politische Dissonanzen Kooperationen zwischen politischen Bildungsprojekten und politischen Entscheidungsträger:innen sowie Verwaltung erschweren. Es zeigt sich, dass konservativ-demokratische Positionen nicht vorschnell aus Diskursen ausgeschlossen werden dürfen. Gleichwohl braucht es für nachhaltige demokratische Projektarbeit Rückhalt und Vertrauen, statt Misstrauen und der Unterstellung von Linksextremismus bei der Formulierung von Kritik. Wo reflexive gegenseitige Offenheit fehlt, sinken Zugang, Reichweite und lokale Anschlussfähigkeit demokratischer Bildungsarbeit (Jugel/Hertel 2024, S. 11, 14, 38, 40).



Mehr dazu in der JoDDiD-Studie Nr. 2 „Demokratische Bildung im ländlichen Raum“ von David Jugel und Celina Hertel: <https://tud.link/12tat2>

IV. Antidemokratischen Entwicklungen entgegenwirken und politische Bildungsarbeit schützen

BEDARF

Es braucht klaren politischen Rückhalt, Sicherheit, Verlässlichkeit und eine öffentlich sichtbare Stärkung der Projekte außerschulischer politischer Bildungsarbeit statt Misstrauen, Überforderung und Kontrolle. Rückendeckung und Vertrauen seitens der Politik und von Mittelgeber:innen müssen als eigenständiger Auftrag verstanden und verlässlich vollzogen werden. Es braucht dazu resiliente Strukturen zur Stärkung und Sicherheit am Arbeitsplatz und an Orten außerschulischer Bildung.

Unter den gegenwärtigen antidemokratischen Entwicklungen in unserer Gesellschaft werden politische Bildungsangebote immer wieder zum Ziel von Angriffen (etwa in Form von Beschimpfungen, Störungen, Sachbeschädigungen, physischen Angriffen bis hin zu Morddrohungen). Daraus resultieren Verunsicherungen sowie passivere Bildungsarbeit im

Feld. Gleichzeitig steht demokratische Bildungsarbeit unter einem hohen Rechtfertigungsdruck externer Wirksamkeitsanforderungen gegenüber Geldgeber:innen, Politik und Verwaltung. Die Konsequenzen daraus tragen nicht nur Institutionen oder Projekte, sondern betreffen ganz konkret auch Personen aus der außerschulischen Bildungsarbeit selbst, was das Berufsfeld unsicher und unattraktiv macht (Lewerenz et al. 2022, S. 6; Jugel/Lewerenz 2022, S. 15; Jugel/Hertel 2024, S. 13, 38, 40; Jugel/Breuer 2025, S. 311-322; Jugel/Strehlow 2026, S. 69).

BEDARF

Es braucht eine zentrale Anlaufstelle für Angriffe und den Umgang mit antidemokratischen Tendenzen sowie eine systematische und statistische Erfassung medialer, struktureller, physischer und psychischer Angriffe im Feld der außerschulischen politischen Bildung. Notfallhotlines, Rechtsberatung und strategische Unterstützung sollten als verlässliche Infrastruktur aufgebaut werden.

Nach wie vor fehlt es an Bewältigungsstrategien und konkreten Unterstützungsangeboten. Gerade diese Defizite verstärken die Einschränkung von Handlungsspielräumen aufgrund der empfundenen Hilflosigkeit oder Überforderung. (Lewerenz et al. 2022, S. 8; Jugel/Lewerenz 2022, S. 15; Jugel/Hertel 2024, S. 38-40).

BEDARF

Es braucht spezifische und zielgerichtete Aus- und Weiterbildungen für den Umgang mit antidemokratischen Positionen und Einstellungen. Dazu gehört vor allem die Frage nach einer fachlich fundierten Bearbeitung des Spannungsfeldes von Kontroversität und normativer Grenzziehung ebenso wie angemessene Schutz- und Deeskalationsroutinen.

Die Studien zeigen deutlich, dass die Balance zwischen der Markierung von Grenzüberschreitungen und der Öffnung von Lern- und Gesprächsräumen in der Bildungspraxis als große Herausforderung empfunden wird. Unsicherheit und Überforderung sind hier häufig die Folge (Lewerenz et al. 2022, S. 8; Jugel/Hertel 2024, S. 38-40; Jugel/Breuer 2025, S. 312, 319-320).



Mehr dazu in der JoDDiD-Studie Nr. 1 „Wie geht's der außerschulischen politischen Bildung in Sachsen?“ von David Jugel und Rico Lewerenz: <https://tud.link/g9thg2>

und im JoDDiD-Artikel „Dafür reicht der Platz hier nicht aus“. Angriffe, Herausforderungen und Bedürfnisse der außerschulischen politischen Bildung in Sachsen“ von David Jugel und Anton Strehlow.